

# Landesmitgliederversammlung der DKP-Saarland 10.12. 16 Sulzbach

Beschluss:

## **Gemeinsam gegen Rechts, gegen Ausländerfeindlichkeit und Demokratieabbau – für Solidarität und demokratische Rechte**

Mit der AfD hat sich eine neue Rechtspartei etabliert, die gegenwärtig in der Gesellschaft zunehmend politischen Einfluss gewinnt. Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit dringen in die bürgerlich-demokratische Mitte der Gesellschaft ein. Programmatisch ist die AfD extrem neoliberal, antidemokratisch und nationalistisch, gegen die Gleichstellung der Geschlechter und Lebensgemeinschaften und sozialreaktionär. Aus den Äußerungen führender Funktionär/Innen und der einfachen Anhänger/Innen spricht ein faschistoides Bewusstsein. Offensichtlich hat sie die neofaschistische NPD abgelöst, die allerdings immer noch nicht verboten ist.

Entwickelt hat sich die AfD auf der Grundlage

- eines seit Jahrzehnten vorhandenen Anteils in der Bevölkerung mit rechtem Gedankengut bis hin zu faschistischem Bewußtsein.
- der Mobilisierung dieses Teils der Bevölkerung durch nationalistische und ausländerfeindliche Parolen von Vertreter/Innen vor allem der CSU und der anderen neoliberalen Parteien;
- der Unfähigkeit und auch Ablehnung die vor Krieg, Verfolgung und elendem Leben flüchtenden Menschen aufzunehmen und zu integrieren; eine Fluchtbewegung, die durch die Außenwirtschafts- und Kriegspolitik der NATO-Länder hervorgerufen wurde und anhaltend fortgesetzt wird;
- der zunehmenden sozialen Unsicherheit in der arbeitenden Bevölkerung, vor allem auch in den „Mittelschichten“; der anhalten Massenarbeitslosigkeit, der Sorge vor einem sozialen Abstieg und dem real sich vollziehenden und der sich ausbreitenden Armut;
- der sich verbreiternden „Politikverdrossenheit“
- und der anhaltenden Schwäche, Zersplitterung und fehlenden Zukunftskonzeption der fortschrittlichen Kräfte.

Die Legalisierung des Rassismus begünstigt Aufmärsche neofaschistischer und faschistoider Gruppen wie SAGESA im Saarland. Rassismus führt zu ausländerfeindlichen Zusammenrottungen, Angriffen auf Unterkünfte für Geflüchtete, auf Menschen mit Migrationshintergrund und sozial Ausgegrenzte. Er bereitet den Boden zu rechtsterroristischer Bandenbildung, wie z.B. in Freital.

Die politisch-ökonomischen Forderungen nationalistischer Parteien in Ländern der EU nach Austritt aus Euro und EU widersprechen jedoch grundlegenden Interessen des internationalen Finanzkapitals. Sie sind deshalb gegenwärtig für das Finanzkapital keine regierungsfähige Alternative gegenüber den neoliberalen Parteien konservativer, liberaler, sozialdemokratischer oder sonstiger bürgerlicher Ausrichtung.

Anhaltend drängt der neoliberale Block aus Parteien, politischen Institutionen und Medien auf eine Veränderung des Massenbewußtseins, um eine „marktkonforme Demokratie“, d.h. den langsamen aber systematischen Abbau demokratischer Rechte zu erreichen. Vor dem Hintergrund terroristischer Anschläge und „geplanter“ Anschläge wird systematisch die Überwachung der Bürger/Innen in der Öffentlichkeit und Telekommunikation ausgebaut. Vor allem die Innenminister, Polizeiführungen und viele (Ober-)Bürgermeister drängen. Saar-Innenminister Bouillon gehört zu den besonderen Scharfmachern.

Die Saar-CDU führt einen anhaltenden Kulturkampf zur „Rettung des Abendlandes“, wie bei der Instrumentalisierung der Laternenumzüge am 11. November. Die Werte des „Abendlandes“, Humanismus, Menschenrechte, Solidarität sind jedoch Errungenschaften der Aufklärung, der bürgerlichen Revolutionen und der sozialistischen Arbeiterbewegung und nicht des „christlichen Abendlandes“.

Im Widerspruch zum Grundgesetz wird zunehmend die Bundeswehr bei Großdemonstrationen als Reserve eingesetzt. Nach jedem Terroranschlag, oder vermeintlichen, in einem EU-Land, wird die Legalisierung des Bundeswehreinsatzes im Innern gefordert.

Um den „Rechtspopulismus“ wirkungsvoll zurückzudrängen braucht unser Land mehr Demokratie und mehr demokratisches Engagement. Einschränkung demokratischer Rechte und Ausbau des Überwachungsstaates befördern sie Rechtsentwicklung. Notwendig ist die konsequente Abkehr vom Antikommunismus als Staatsdoktrin. Er fördert Intoleranz, Hass und Gewalt. Die Behörden müssen endlich die vom Neofaschismus ausgehende ständige Gefahr ernst nehmen und effektiv bekämpfen.

Wir Kommunist/Innen werden weiterhin gemeinsam mit anderen antifaschistischen, demokratischen und linken Kräften in unserem Land das Auftreten von Nationalisten, Rassisten und Neofaschisten wirksam bekämpfen.

Die DKP Saarland unterstützt alle Initiativen, die sich dieser Rechtsentwicklung, dem Rassismus und Neofaschismus mit öffentlichen Aktionen widersetzen. Zugleich stellen wir Forderungen bzw. unterstützen diese, die sich an bürgerlich-parlamentarische Institutionen richten.

- Stopp aller Bestrebungen in den Städten die Video-Überwachung auszuweiten!
- Stopp aller Bestrebungen in Internet und Telekommunikation die Überwachung auszubauen!
- Durch ihre sogenannten V-Leute haben die Geheimdienste die Naziszene mit Geld und warnenden Informationen versorgt sowie Ermittlungen bewusst behindert. Wir fordern deshalb die Ausschaltung aller V-Leute und die Auflösung der Geheimdienste.
- Das Verbotsverfahren gegen die NPD darf nicht erneut scheitern; die NPD muss verboten werden. Dies wäre auch ein ermutigendes Signal an die demokratischen Kräfte.
- Durch Änderung der Gesetze muss jegliche staatliche Finanzierung und sonstige Unterstützung von neonazistischen und rassistischen Gruppen, Organisationen und Parteien eingestellt werden.
- Wir fordern das Verbot jeglicher rassistischer, neofaschistischer und ausländerfeindlicher Propaganda und Aktivitäten, sowie ein Verbot aller neofaschistischen Organisationen entsprechend dem antifaschistischen und antirassistischen Auftrag des Grundgesetzes.
- Wir fordern die Sperrung aller Internet-Dienste mit rassistischen, sonstigen menschenverachtenden, dem humanistischen Inhalt des Grundgesetzes widersprechenden Inhalten!
- Wir appellieren an die Programmverantwortlichen und die RedakteurInnen der AFD keine Auftritte zu ermöglichen.
- Wir appellieren an alle demokratischen Journalist/Innen deren frauenfeindlichen und familienreaktionären, die sozialreaktionären und nationalistisch-rassistischen programmatischen Auffassungen zu entlarven und zu verbreiten.
- Die Justiz muss endlich aufhören, den Feinden der Demokratie Freiräume zu gewähren. Menschen, die versucht haben neofaschistische Demonstrationen zu verhindern, dürfen nicht juristisch belangt werden. Laufende Verfahren müssen eingestellt werden.
- Wir fordern die Aufnahme des 8. Mai, des Jahrestages der Befreiung vom Faschismus, als Gedenktag in die Landesverfassung. Damit würde ein wichtiger Beitrag geleistet, ein antifaschistisches Massenbewußtsein zu fördern.
- Wir fordern mehr antifaschistische Unterrichtsinhalte an den Schulen. Jede Klasse sollte mindestens einmal in ihrer Schulzeit eine antifaschistische Gedenkstätte in der Region besuchen.

Als konkreten Beitrag gegen das Auftreten neonazistischer Kräfte im Saarland fordern wir die Öffentlichkeit auf, weiterhin an das Wirken antifaschistischer Widerstandskämpfer zu erinnern und die Opfer des Faschismus zu ehren. Die in zahlreichen Orten des Saarlandes erfolgte Verlegung von "Stolpersteinen" muss fortgesetzt werden. Diese Projekte bieten vielfache Möglichkeiten, Schülerinnen und Schüler für diese Aktivitäten zu gewinnen und diese somit mit dem Wirken der Geehrten vertraut zu machen. Besonders wirksame Initiativen kamen in diesem Zusammenhang von der VVN - Bund der AntifaschistInnen und von Genossinnen und Genossen unserer Partei.